

Wählen



Das Studierendenparlament wird nächste Woche neu gewählt. Mit der bsz seid ihr informiert.

Seite 2

Diskutieren



Auf einer Fachtagung des DGB und der Fachschaft Gender Studies geht es um Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt.

Seite 3

Staunen



Traditionskommunistisches Wochenende in Berlin: ein kritischer Ortsbesuch.

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszone.de

Neonazi-Gewalt in Dortmund: Hat die Untätigkeit ein Ende?

Gute Vorsätze

(mr) Die Dortmunder Blockadebündnisse „Dortmund stellt sich quer“, „Dortmund Nazifrei“ und das Antifa-Bündnis S1 kündigen an, auch in diesem Jahr gegen Neonazi-Aufmärsche mobil zu machen. Das alleine ist keine Überraschung. Allerdings scheinen auch die Stadt und die Polizei in Zukunft härter gegen die extrem rechten Strukturen vorgehen zu wollen. Seit Jahren haben Anti-Nazi-Initiativen den Behörden vorgeworfen, dass sie das Problem kleinreden und zu wenig unternehmen.

Neue Töne schlägt jedenfalls Polizeipräsident Norbert Wesseler an. Sein Vorgänger Hans Schulze hatte sich noch damit hervorgetan, dass er Blockaden von Neonazi-Aufmärschen massiv kriminalisierte und den AnwohnerInnen das Recht absprach, sich den Rechten friedlich in den Weg zu setzen. Nun wird Wesseler bei seinem Antrittsbesuch im Rathaus vor rund zwei Wochen mit folgenden Worten zitiert: „Friedliche Blockaden sind auch ein Mittel zur Meinungsäußerung.“

Polizei: Am Konzept wird gearbeitet

Allzu öffentlich scheint sich der Polizeipräsident zu der verfestigten Neonazi-Szene in seiner Stadt aber nach wie vor nicht äußern zu wollen. Als eine SPD-Delegation ihn kürzlich zu einer Führung durch die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“ eingeladen hatte, sagte er kurzfristig ab, nachdem der Termin öffentlich bekannt wurde. Auf bsz-Anfrage erklärte Polizei-Sprecher Manfred Radecke lediglich, dass die Planungsphase des neuen Handlungskonzeptes gegen Rechts noch nicht abgeschlossen sei und man deshalb noch keine Auskunft geben wolle.



Sitzblockade gegen den Nazi-Aufmarsch am 3. September 2011 in Dortmund.

Foto: Grüne NRW(CC-by-sa)

Abzuwarten bleibt, ob die angekündigte neue Polizeistrategie genau so lange auf sich warten lässt wie Maßnahmen der Stadtverwaltung – diese brauchte drei Jahre, bis sie ihr Konzept gegen Rechts fertig gestellt hatte. Anfang November eröffnete nun endlich die lange angekündigte Beratungsstelle „Back UP“ für Opfer extrem rechter Übergriffe.

Im Windschatten der Stadtpolitik

Dass Neonazis Dortmund im Windschatten von Relativierungsversuchen der Stadt-Offiziellen zu einer Hochburg ihrer Strukturen ausgebaut haben, das ist inzwischen bundesweit bekannt. Große Neonazi-Demonstrationen, andauernde Präsenz im Straßenbild durch Aufkleber, Flyer und Plakate, und auch immer

wieder gewalttätige Übergriffe gehören zu den Verhältnissen, unter denen die AnwohnerInnen in Dortmund, besonders im Westen, leben müssen.

Erst Ende November wurden auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt zwei türkischstämmige Jugendliche von sechs Neonazis angegriffen und schwer verletzt. Einer der mutmaßlichen Täter ist der mit einer Bewährungsstrafe belegte Sven K., der im Jahre 2005 den Punker Thomas Schulz an der Dortmunder U-Bahn Haltestelle Kampstraße mit einem Messer erstochen hatte. Eben diesen Sven K. hatten bereits ein Jahr zuvor ZeugInnen als einen der gewalttätigen Angreifer auf die alternative Kneipe Hirsch-Q im Dortmunder Brückstraßenviertel identifiziert,

bei dem mehrere Menschen verletzt wurden. Bezeichnend hierbei: Sowohl das Tötungsdelikt als auch der Übergriff auf die Hirsch-Q wurden von offizieller Ermittlungsseite nicht als rechtsradikal motivierte Tat eingestuft, obgleich sich Sven K. auch nach seiner Haft nie vom Nationalsozialismus distanziert hat.

Neonazi-Zentrum gekündigt

Trotz der Häufung extrem rechter Gewalttaten versuchten die Dortmunder Behörden jahrelang in öffentlichen Stellungnahmen, das sich zunehmend verschärfende Neonazi-Problem zu relativieren. Man präsentierte sich lieber als Fußballstadt, Kulturhauptstadt und – zumindest auf Postkarten – als Bierstadt. Auf der anderen Seite gibt es von der Stadtverwaltung und vor allem durch gemeinnützige Organisationen inzwischen auch Bestrebungen, sich gegen die extreme Rechte zur Wehr zu setzen. So hat die Stadt zu Beginn des vergangenen Jahres das Haus an der Rheinischen Straße gekauft, in dem sich seit Jahren ein Organisationszentrum der extrem rechten Szene in Dortmund, das sogenannte „Nationale Zentrum“, befindet. Trotzdem befindet sich das Neonazi-Zentrum bis heute in dem Gebäude. Erst diesen November hat die Stadtverwaltung den vom Vorbesitzer auf fünf Jahre befristeten Mietvertrag gekündigt, indem Eigenbedarf angemeldet wurde. Bis Ende Februar sollen die Neonazis ausziehen. Zwar haben die BetreiberInnen des „Nationalen Zentrums“ rechtliche Schritte in Aussicht gestellt, diese dürften nach Angaben der Stadt aber nicht erfolgreich sein. Ein möglicher langwieriger Rechtsstreit ist aber tatsächlich nicht auszuschließen.

Zukunft des Campus Centers ungewiss

Das verflixte siebte Jahr

(mr) Ursprünglich war sie nur als Provisorium nach dem Mensa-Umbau gedacht, inzwischen ist sie seit Jahren ein gewohnter Anblick vor dem GA-Gebäude: Die Wellblech-Halle mit Copy-Shop, Café und Plattenladen, kurz: das Campus Center. Wie es für die dort ansässigen Händler weitergeht, weiß derzeit niemand. Vor gut zwei Wochen ist der Pachtvertrag der Center-Betreiber ausgelaufen.

Mündliche Zusagen für eine Verlängerung des Pacht- und Genehmigungsvertrags liegen zwar seit Dezember vor, de facto gibt es aber keine vertragsrechtliche Grundlage. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) könnte als Verpächter des Grundstücks die HändlerInnen jederzeit zur Räumung der Metallhalle zwingen. Die Betreiber des Campus Center müssten dann die privat errichtete Halle auf eigene Kosten abbauen und das Grundstück in seinen Ursprungszustand zurückversetzen.

Nur mündliche Zusagen

„Eine kurzfristige Räumungsverfügung würde uns in den wirtschaftlichen Ruin treiben und den meisten Einzelhändlern die berufliche Perspektive rauben“, sagt Uwe Maresch. Zusammen mit seinem Kollegen Peter Stobbe betreibt er die Blechhalle als persönlich haftender Gesellschafter. Zwar geht er nicht davon aus, dass es zu dem für ihn denkbar



„Tennishalle“, „Containerhaus“, „Blechhütte“ lauten ein paar der studentischen Spitznamen für das Campus Center.

Foto: Campus Center

schlimmsten Fall kommen wird, und auch der Universitätskanzler Gerhard Möller ist überzeugt, dass sowohl der BLB den Vertrag verlängern als auch die Stadt die notwendige Baugenehmigung erneut erteilen wird. Da beides aber aktuell noch nicht geschehen ist, halte sich eine gewisse Unsicherheit bei all denen, die in der Halle ihr Geld verdienen.

Das Campus Center ist 2005 durch eine private Initiative der ehemaligen

MensahändlerInnen entstanden. Die Betreiber Maresch und Stobbe erhielten zunächst eine Genehmigung für fünf Jahre. Dann sollte die Halle eigentlich verschwinden, damit vor den G-Gebäuden das Hörsaalzentrum West gebaut werden kann. Dieses Vorhaben wurde mittlerweile verworfen und durch einen neuen umfassenden Umbauplan, die milliardenschwere Magistrale, ersetzt.

Nach den ersten fünf Jahren wurde der Pachtvertrag nur noch jährlich ver-

längert. Jedes Jahr müssen die Betreiber eine kostenpflichtige Baugenehmigung beantragen, jeweils für ein Jahr verlängert die Universitätsverwaltung den Genehmigungsvertrag. Grund hierfür ist wohl, dass das Gelände des Campus Centers möglichen zukünftigen Bauvorhaben nicht im Weg stehen soll.

Vorerst keine Alternative

Bisher gebe es noch keine alternativen Raumangebote von Seiten der Universitätsverwaltung, sagen die Betreiber. Allerdings heißt es aus dem Kanzleramt, dass im Rahmen der Magistrale sehr wohl ein möglicher neuer Raum für die Händler des Campus Centers eingeplant sei. Zwischen dem IA Gebäude und der Brücke, welche die U-Bahn-Station mit der Universität verbindet, soll demnach ein schmaler, langgezogener Bau entstehen, in dem die Händler sich einmieten können. Bislang sei man von Seiten des Campus Centers aber nicht auf das Kanzleramt zugekommen und habe über diese Option gesprochen. Sich selbst sieht Möller nicht in der Pflicht, das Gespräch zu suchen: „Die Betreiber sollen doch zu uns kommen, dann kann man über die Zukunft reden.“

Auf die Frage, was denn dann mit dem Grundstück passieren soll, auf dem sich das Campus Center aktuell befindet, heißt es aus dem Kanzleramt: „Eine Wiese wäre schon wieder denkbar.“

:boinkürze

Apostelkirche entwidmet

(Chs) Kahlschlag am PCB-belasteten Kirchenforum in Querenburg: Die Ruhr-Universität verliert gerade ihre letzte und einzige evangelische Predigtstätte, die Apostelkirche. Isolde Karle, Professorin an der Evangelischen Fakultät der RUB, bedauert dies und kritisierte jüngst die – ihrer Ansicht nach – mangelhafte Informationspolitik des verantwortlichen Ausschusses. Denn die Kirche wurde bereits entwidmet. Das entspricht der Profanierung durch einen Verwaltungsakt oder Gottesdienst, wie etwa im katholischen Kirchenrecht. Das bedeutet, eine Kirche ist nicht mehr öffentliches Eigentum und steht damit auch nicht länger im Dienste der Öffentlichkeit. Kurz: Ihr wurde offiziell der Status einer öffentlichen Sache aberkannt, so dass in ihr keine Gottesdienste mehr stattfinden und sie wie Privateigentum verkauft werden kann. Klaus-Peter Röber, Vorsitzender des Bevollmächtigtenausschusses der Evangelischen Kirchengemeinde bringt es auf den Punkt: „Zukünftig gibt es nur eine Gemeinde, ein Gemeindezentrum und eine Pfarrstelle, da nur das aus der Gemeinde heraus finanzierbar ist.“

Gabriel in Bochum

(fik) Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel war vergangene Woche zu Gast an der Ruhr-Uni. Im Hörsaal HGC 10 hielt er eine etwa zweistündige Rede. Obwohl der Hörsaal übervoll war, kam es zu keiner kritischen Diskussion. Gabriel forderte die Studierenden zwar mit den Worten auf: „Sie können mich alles fragen“, nutzen wollte dies aber kaum jemand. Kritische Fragen zu den Regierungsbeteiligungen der SPD fehlten ganz, egal ob zu Steuersenkungen für Besserverdienende, die Senkung von Börsensteuern und der Körperschaftsteuer, die Führung von mehreren Kriegen oder die Einführung von Antiterroregesetzen. Die Ehrfurcht vor dem Parteivorsitzenden der wieder mitgliederstärksten Partei in Deutschland war wohl doch zu groß.

Mobil an der RUB

(fik) Die Ruhr-Universität startet eine Online-Befragung zur Entwicklung eines langfristigen Mobilitätskonzepts. Vom 16. bis 29. Januar werden alle Studierenden via RUB-Mail dazu befragt, welche Anforderungen sie in Mobilitätsfragen an die Ruhr-Uni stellen. In der Mail ist ein Link zu der Befragung, die anonym durchgeführt wird. Die Verkehrsverhältnisse an der RUB sind katastrophal, die U35 platz – trotz der vom AStA durchgesetzten Taktverkürzung – aus allen Nähten. Die morgendliche Parkplatzsuche ist häufig eine Odyssee und die wenigen Radwege sind schwierig zu finden. Nach dem doppelten Abiturjahrgang 2013 wird sich dies noch weiter zuspitzen. Neben der Teilnahme an der Befragung können Ideen und Anregungen auch dem AStA mitgeteilt werden, damit sie in den Verhandlungen mit der Uni-Leitung eingebracht werden und so größeres Gewicht bekommen können.

Stadtrat-Neuwahl

(fik) Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster hat beschlossen, dass der Rat der Stadt Dortmund die Kommunalwahl von 2009 wiederholen darf. Nachdem der SPD-Oberbürgermeister Ullrich Sierau vor der letzten Kommunalwahl ein 100-Millionen-Euro-Defizit verschwiegen, sprechen viele von Wahlbetrug. Sierau stellte sich freiwillig einer Wiederwahl und gewann deutlich. Ende 2011 beschloss der Rat, ebenfalls die Wahl zu wiederholen. Elf SPD-Abgeordnete klagten damals gegen den Beschluss und verloren. Das OVG schloss zusätzlich eine Revision aus. Drei SPD-Ratsmitglieder haben nun angekündigt, gegen diese fehlende Revisionsmöglichkeit zu klagen.

Denker und Polemik

(CMP) Wo will der Philosoph mit dem Hammer hin? Wenn Denker die Fassung verlieren, Wissenschaftlerinnen wütend werden und PoetInnen polemisieren, dann wird es meist interessant. Jene Ausnahmestände verraten oft unfreiwillig viel über Dichtende und Denkende. Ausgehend von diesen Ausnahmeständen findet in dieser Woche vom 20. bis zum 21. Januar an der Ruhr-Universität Bochum im Veranstaltungszentrum Saal 1 ein interdisziplinäres Symposium statt. Initiiert vom Institut für Philosophie werden Denker wie Hobbes und La Mettrie, Dichter wie Goethe aber auch Rap-Musik zum Thema gemacht. Kontakt: christoph.mueller-2@rub.de

An der Ruhr-Uni wird wieder gewählt

Die Reise in den AStA-Flur

(rvr) **Die Stunde der Wahrheit in der Unipolitik steht unmittelbar bevor: Vom 23. bis 27. Januar wird das Studierendenparlament der Ruhr-Uni gewählt. Insgesamt 380 KandidatInnen stellen sich für die nur 35 Parlamentssitze zur Wahl. Die Ausgangslage vor dem Urnengang: Weniger Streit und Konflikte als in vergangenen Jahren – bis jetzt.**

Keine Nachricht ist manchmal auch eine Nachricht – die amtierende AStA-Koalition kann nämlich auf eine ruhige Amtszeit zurückblicken. Die Jahre zuvor waren allesamt von hochschulpolitischen Kämpfen zum Beispiel über das Thema Studiengebühren geprägt gewesen. Dagegen fehlten 2011 die großen, öffentlichkeitswirksamen Konflikte. Vielleicht ist auch das ein Grund dafür, dass selbst von den Oppositionslisten über weite Teile der Amtszeit kaum Kritik an der AStA-Arbeit zu hören war.

Zu dritt geht es auch

Dabei hätte es durchaus kriseln können in der Koalition – zum Beispiel, als sich im vergangenen Sommer die Alternative Liste auflöste, die bis dahin Teil des AStA-Bündnisses war. Doch die Koalition erreichte weiterhin auf allen Sitzungen des Studierendenparlaments die notwendigen Stimmen. Und so treten die verbliebenen Bündnispartnerinnen



In jedem der vier Campusbereiche befinden sich Wahlurnen zum Einwerfen der Stimmzettel.

Foto: Lukas Gödde

Grüne Hochschulgruppe, Linke Liste und SWIB in diesem Jahr mit dem erklärten Ziel an, zu dritt eine Mehrheit im Parlament zu erringen, um die in ihren Augen erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können. Zumindest auf dem Papier, spricht auf dem Wahlzettel, sieht es gut aus für das Dreigespann: Schließlich konnten Grüne, Linke Liste und SWIB zusammen vier Fünftel aller überhaupt zur Wahl antretenden Studierenden für eine Kandidatur auf ihren Listen gewinnen.

Als vom Wahlergebnis her stärkste Oppositionsliste konnte sich im vergangenen Jahr die Liste Nawi etablieren, die damit wirbt, insbesondere die Interessen von „Naturwissenschaftlern und Ingenieuren“ zu vertreten. Im Wahlkampf setzt sie dabei allerdings auch auf anti-grüne und anti-linke Mentalitäten. („Kein Karl Marx, keine Windmühlen auf dem Audimax, sondern einfach nur Campuspolitik!“) BeobachterInnen trauen der Liste zu, an das Ergebnis der 2011er-Wahlen anzuknüpfen. Auch die zweite größere nicht am aktuellen AStA beteiligte Liste, die Juso-Hochschulgruppe, ist ähnlich aufgestellt wie im Vorjahr.

CDU-Nachwuchs eingebrochen

Einen Umbruch in der Listenlandschaft an der Ruhr-Uni stellt dagegen der massive Bedeutungsverlust des CDU-nahen RCDS dar. Über Jahre hinweg stellte der CDU-Nachwuchs eine der stärksten Oppositionslisten gegen linke ASten. Bereits zur vergangenen Wahl traten allerdings nur noch 16 Studierende für den RCDS an. Dabei konnte die konservative Liste nicht einmal mehr halb so viele Stimmen auf sich vereinigen wie noch 2010. In diesem Jahr kommt es für die Konservativen noch schlimmer: Gerade einmal sechs Studierende haben sich bereit erklärt, für den RCDS zu kandidieren. Würde die Liste also trotz ihrer Schwäche ein Wahlergebnis erreichen, wie es früher für sie üblich war, könnte sie noch nicht einmal alle Plätze im Parlament besetzen.

Ob es die Liste Nawi sein wird, die von der Schwäche des RCDS besonders

profitiert, oder eine der anderen kleinen Listen, lässt sich schlecht einschätzen. Gewisse Chancen dürften sich diesbezüglich wohl die FDP-nahen Jungen Liberalen ausmalen, die mit 13 KandidatInnen dem anhaltenden Abwärtstrend ihrer Mutterpartei trotzen wollen. Für sie könnte es allerdings knapp werden, hat ihre Vorgängerliste Liberale Hochschulgruppe im vergangenen Jahr doch mit fast doppelt so vielen KandidatInnen und ohne die massive FDP-Krise gerade einmal 2,8 Prozent und einen einzigen Sitz erzielen können.

Würden bundespolitische Entwicklungen für die Wahlen an der Ruhr-Uni eine zentrale Rolle spielen, dann dürften sich die sieben KandidatInnen der RUB-Piraten große Chancen ausrechnen, besser als im vergangenen Jahr (2,0 Prozent, 1 Sitz) abzuschneiden. Dass sich manchmal aber politische Entwicklungen noch nicht einmal so einfach von der einen Seite des Uni-Campus auf die andere übertragen lassen, hat im vergangenen Jahr eine andere Liste erleben müssen: Nach dem verhältnismäßig großen Erfolg der Liste Nawi in den N- und I-Gebäuden gründete sich die Liste Gewi, die das Konzept einer nach eigenen Angaben unpolitischen Liste in den Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften etablieren wollte. Mit durchwachsenem Erfolg: Obwohl die weitaus größte Anzahl der RUB-Studierenden in diesen Fächern eingeschrieben ist, erzielte die Gewi nur ein Fünftel der Stimmen ihrer naturwissenschaftlichen Schwester, und nur einen Sitz im Parlament.

:bszFakten

Der Status Quo:

Der amtierende AStA wird gestellt von der Grünen Hochschulgruppe (aktuell 8 Sitze im Studierendenparlament), der Linken Liste (6 Sitze) und der Liste Schöner Wohnen in Bochum (2 Sitze). Bis zu ihrer Selbstauflösung im Juni war zusätzlich die Alternative Liste (2 Sitze) beteiligt. Außerdem im aktuellen Parlament vertreten sind die Liste Nawi (6 Sitze), die Jusos (4 Sitze) und der RCDS (3 Sitze). Jeweils einen Parlamentssitz konnten die Liberale Hochschulgruppe, die Liste Gewi, die RUB-Piraten und die Liste Der Schwarze Ritter ist unbesiegbar gewinnen.

Zur Wahl 2012 treten an:

- Liste 1: JuLis (Junge Liberale), 13 KandidatInnen
- Liste 2: SWIB (Schöner Wohnen in Bochum), 60 KandidatInnen
- Liste 3: RUB-Piraten, 7 KandidatInnen
- Liste 4: RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), 6 KandidatInnen
- Liste 5: GEWI (Liste der Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften), 6 KandidatInnen
- Liste 6: Juso HSG (Juso Hochschulgruppe), 26 KandidatInnen
- Liste 7: GHG (Grüne Hochschulgruppe), mit 117 KandidatInnen
- Liste 8: Lili (Linke Liste), 129 KandidatInnen
- Liste 9: NAWI (Die Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure), 23 KandidatInnen

Die Listennummern wurden vom Wahlausschuss ausgelost.

Was ihr schon immer über Demokratie wissen wolltet

SP-Wahlen: So geht das!

(rvr) **Von den einen mit Spannung erwartet, sorgt der alljährliche Wahlzirkus bei anderen vor allem für fragende Gesichter. Die bsz beantwortet die wichtigsten Fragen zur Wahl.**

Wo genau kann ich wählen gehen?

Die Wahllokale befinden sich in der Nähe der Cafeterien in den Gebäuden IB, NA, NC, MA sowie in allen G-Gebäuden. Sie sind an den Wahltagen von 9 bis 16 Uhr geöffnet. Dabei kannst du deine Stimme nur an der Wahlurne deines ersten Fachbereichs abgeben. Wenn du also mehrere Fächer studierst, gilt das Fach, das zuerst auf deiner Studienbescheinigung steht.

Was muss ich da machen?

Studierendenausweis vorlegen, Stimmzettel bekommen und in die Wahlkabine gehen. Dort den Namen einer Kandidatin oder eines Kandidaten ankreuzen, Stimmzettel in die Urne werfen. Ganz einfach.

Wie hängt das Studierendenparlament mit dem AStA zusammen?

Das Verhältnis ist so ähnlich wie das

von Bundestag und Bundesregierung: Mit deiner Stimme wählst du eine Kandidatin oder einen Kandidaten ins 35-köpfige Parlament. Das Parlament wählt dann den AStA, der die Geschäfte führt, Entscheidungen trifft und in der Öffentlichkeit als Studierendenvertretung auftritt.

Ist die Wahl überhaupt wichtig?

Die Arbeit des AStA prägt den studentischen Alltag stärker, als es Vielen bewusst ist. In der Presse und Öffentlichkeit wird er als Stimme der RUB-Studierenden wahrgenommen. 14 Euro des Semesterbeitrags fließen in den AStA-Haushalt – bei über 37.000 Studierenden geht es also auch um eine Menge Geld. AStA-Arbeit ist aber nicht nur Politik: Im Moment betreibt die Studierendenvertretung die Copy-Shops in den Gebäuden GA und GB, das Kulturcafé und bietet eine Reihe von Beratungsangeboten an. Ein Großteil des Geldes wird außerdem an Fachschaften und Initiativen weitergereicht, die damit eigene Projekte finanzieren.

Geht bei der Auszählung alles mit rechten Dingen zu?

Im Wahlausschuss ist neben den derzeit AStA-tragenden Listen auch die Opposition vertreten. Die konkurrierenden Gruppen schauen sich also gegenseitig auf die Finger. Die Auszählung findet außerdem öffentlich statt. Sollte es wirklich einmal Streitigkeiten geben, wird das Justitiariat der Uni einbezogen. Auch wenn die Ergebnisse der Wahlen natürlich nicht immer allen Listen gefallen, sind sie sich im großen und ganzen einig, dass sie frei und fair ablaufen.

Was passiert nach der Wahlauszählung?

Nach der Wahl steht fest, welche Listen mit wie vielen Personen im Studierendenparlament vertreten sind. Dann beginnen die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen, denn zur Wahl des AStAs muss sich eine Mehrheit von mindestens 18 der 35 Sitze finden. Zumeist handeln die Listen eine Koalitionsvereinbarung aus, in der sie festlegen, was sie das kommende Jahr machen wollen und wie der AStA-Haushalt aussehen soll.

Warum gibt es so viele KandidatInnen?

Manche Listen treten mit weit über 100 Kandidatinnen und Kandidaten an, obwohl es nur 35 Sitze im Parlament gibt. Sie wollen damit einerseits zeigen, wie stark sie in der Studierendenschaft verankert sind. Außerdem sorgen sie so dafür, dass die WählerInnen selbst entscheiden können, wer die Liste im Parlament vertritt. Anders als bei der Bundestagswahl-Zweitstimme bestimmt nämlich nicht die Reihenfolge auf dem Wahlzettel, wer für eine Gruppe ins Parlament einzieht. Stattdessen sitzen diejenigen für eine Liste im Studierendenparlament, die bei der Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Wo bekomme ich weitere Infos?

An Werbematerial mangelt es im Wahlkampf nicht – in Hörsälen, in der Mensa und in den Cafés werdet ihr massenhaft Publikationen der Listen finden. Einen persönlichen Eindruck von einigen der Gruppen kann man sich an ihren Infoständen verschaffen: Sprecht die KandidatInnen dort ruhig mal an und stellt sie zur Rede.

Mehr als eine Frage des Geschlechts

(fik) „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, so heißt es im deutschen Grundgesetz. Die Realität sieht immer noch ganz anders aus. Am 21. Januar organisieren die Fachschaft Gender Studies und der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Fachtagung mit dem Thema Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt. Unter dem Titel „Noch 500 Meter bis zur Gleichberechtigung?“ wollen sie sich der aktuellen Situation von Frauen und Männern in der Arbeitswelt widmen und einen Weg aufzeigen, wie Gleichberechtigung zu erreichen ist.

Wenn Menschen sich heute für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen, gelten sie schnell als Ewiggestrige oder notorische „Emanzen“. Viele denken, dass Frauen und Männer schon längst gleich behandelt werden. Einige Männer fühlen sich sogar ihrerseits von Frauen unterdrückt: Nicht umsonst hat der reaktionäre Teil der Männerbewegung Konjunktur.

Gerade an der Universität fühlen sich die meisten Frauen völlig gleichgestellt. Ein Blick auf die nackten Zahlen macht aber deutlich, dass auch an der Uni noch viel zu tun ist. Obwohl etwas über 50 Prozent der BA-Absolvent_innen Frauen sind, wird die Luft nach oben immer dünner. Beim Master sind es noch 43 Prozent, es promovieren nur noch 23 Prozent und eine Habilitation schreiben noch ganze elf Prozent der Frauen. In der Arbeitswelt geht die Ungleichbehandlung weiter. In Vorständen und Aufsichtsräten – besonders in größeren Unternehmen – sind kaum Frauen zu finden. Für denselben Job verdienen Frauen immer noch 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.



Geschlechtergerechter Arbeitsmarkt? Frauen und Männer verfallen spätestens nach dem ersten Kind wieder in alte Rollenmuster. Foto: Pressestelle RUB

„Obwohl eine Quote für die Wirtschaft ein uncharmant Instrument ist, hat sie besonders in Skandinavien auch positive Auswirkungen auf gesellschaftliche Prozesse gehabt. Auch deswegen muss in Deutschland endlich eine verbindliche Quote eingeführt werden“, fordert Helena Patané vom Fachschaftsrat Gender Studies. Neben den Kennzahlen des Arbeitsmarktes spielen auch andere Aspekte eine große Rolle auf der Fachtagung: Klischees, wie angeblich typisch weibliche und männliche Eigenschaften, werden unter die Lupe genommen und dekonstruiert. Die Tagung beginnt um 10 Uhr und geht bis 16 Uhr. Nach einem kurzen Vortrag von Referentinnen des DGB, teilt sich die Gruppe auf drei Workshops auf. Sie werden sich mit den Themen Sozialpolitik, dem Arbeitsmarkt und Diversity beschäftigen. Danach

soll in der gesamten Gruppe über die Ergebnisse diskutiert werden.

Familie und Beruf

Die Auswirkungen der Arbeitswelt auf das partnerschaftliche Zusammenleben werden ebenso behandelt. Da Männer häufig mehr verdienen, bleiben Frauen in heterosexuellen Partnerschaften eher zuhause. „Partnerschaften beginnen meistens sehr gleichberechtigt, aber nach einer Hochzeit und spätestens nach dem ersten Kind, verfallen viele wieder in klassische Rollenmuster“, sagt Patané, auch eine der Organisator_innen der Tagung.

Auch die Sozial- und Steuerpolitik soll hinterfragt werden: „Das Ehegattensplitting bevorzugt einseitig die traditionelle Beziehung: Eine Person – meist der Mann – verdient viel und eine Person – meist die

Frau – verdient sehr wenig oder nichts“, kritisiert Patané. Die aktuelle Familienpolitik versucht zusätzlich die, Uhren in Sachen Gleichberechtigung zurückzudrehen. Durch die von der Opposition abfällig bezeichnete „Herdprämie“ versucht insbesondere die CDU/CSU Frauen dazu zu bewegen, ihre Kinder zuhause zu betreuen. Denn Familien sollen Geld dafür bekommen, wenn sie ihre Kinder nicht in eine Kindertageseinrichtung schicken.

Über die Geschlechter hinaus

„Wir wollen jedoch nicht bei der Diskriminierung aufgrund des biologischen Geschlechts stehenbleiben, wir streben ein intersektionales Modell an, in dem alle Aspekte des Menschen miteinbezogen werden“, sagt Helena Patané. Damit soll auch die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund, einem hohen Alter oder einer Behinderung in den Fokus genommen werden. Besondere Aufmerksamkeit wird auf Menschen gelegt, die aufgrund unterschiedlicher Eigenschaften diskriminiert werden. Außerdem wird bei der Tagung beleuchtet, wie das Menschenrecht auf Teilhabe am Arbeitsmarkt und die kapitalistische Verwertungslogik der Arbeitswelt gegeneinanderarbeiten.

Neben dem DGB und dem Fachschaftsrat Gender Studies unterstützt auch der Lehrstuhl Gender Studies die Tagung durch organisatorische Hilfen und durch die Teilnahme der Lehrstuhlinhaberin Katja Sabisch. An der Tagung können alle interessierten Studierenden teilnehmen. Sie sollten sich vorher per E-Mail unter gendersudies@rub.de anmelden.

Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt
Samstag, 21. Januar 2012
10 bis 16 Uhr in GC 04/611

Die Unsinnigkeit eines alljährlichen Popkultur-Rituals

Best of Boring

(de) Nichts in dieser Welt ist sicher – außer dem Tod, den Steuern und den „Best of“-Listen am Ende des Jahres. Seien es Musikalben, Filme, Bücher: jede Kulturredaktion hat im Winter das Verlangen, eine Top 10, Top 50 oder gar Top 100 hervorzubringen. Der Kunst selber bringt das alles jedoch überhaupt nichts.

Die Götter des Kritikerhimmels kommen herunter und resümieren. Auf Redaktionskonferenzen wird gestritten, welche KünstlerIn das größte Werk hervorgebracht hat. Hitzig fliegen Namen und Meinungen durch den Raum. So kann man sich das Prozedere vorstellen. Nehmen wir einmal die Musikwelt als Beispiel für das, was auch für Literatur und Filmkunst gelten mag.

Die mächtigsten Institutionen für strenge Bewertungen heißen je nach Sprachraum und Härtegrad unterschiedlich. Im Englischen sind das unter anderem das US-amerikanische Rolling Stone Magazine, der britische New Musical Express (kurz NME) und die Website Pitchfork.com. Im Teutonenland haben die Magazine Visions, Spex sowie die Website laut.de wohl am meisten Diskursstärke. Alle sechs genannten Medien haben im Dezember und Januar eine Top 50 der besten Alben von 2011 aufgestellt. Vergleicht man die Listen, fällt auf, dass die vordersten Plätze durchgehend an folgende Platten gingen: PJ Harvey - „Let England Shake“, M83 - „Hurry Up, We're Dreaming“ sowie Bon Iver - „Bon Iver“.

Der Sound der Studi-WGs

Dies sind hervorragende Musikalben. Was auffällt ist jedoch, dass diese Acts alle ziemlich ähnlich klingen. Es handelt sich um verträumten Indie-Rock mit Anleihen aus dem Folk und subtilen Elektrosounds.



„Nachmache X, Nachmache X, macht alles nach und kann selbst nix.“

Collage: de (laut.de, nme.com, spex.de, pitchfork.com)

Der Gesang ist sanft, feminin und melodios. Die Gitarren sind nicht zu hart. Der Rhythmus eignet sich gut zum Tanzen.

Die KritikerInnen sind anscheinend der Meinung, dass diese Art von Musik den Nerv der Zeit trifft. In den vorherigen Jahren haben artgleiche Interpreten wie Arcade Fire und Portishead abgeräumt. Und hier sind wir auch beim Dilemma. Die Wege sind ausgelatscht. Keine Überraschungen. Die SiegerInnen stehen schon vorher fest. Die Musik, die aufs Podium gelangt, wird halt von der gebildeten, urbanen, weißen Mittelklasse gestellt. Keines der genannten Medien

würde heutzutage ein Album aus dem Hip-Hop, Heavy Metal, Reggae oder der elektronischen Tanzmusik auf Platz 1 wählen. Zwar tauchen diese Genres hier und da mal in den Top 50 auf, aber man merkt, dass das nur aus Verlegenheit geschieht.

Nun muss man die Frage der Subjektivität stellen. Gerade im Pop bestimmen weniger objektive Kriterien wie die technische Finesse oder die künstlerische Innovation eine Rolle bei der Qualitätsbestimmung. Elvis, Bob Dylan und Nirvana haben im formal musikwissenschaftlichen Sinne ziemlich simple Musik

gemacht. Stattdessen fragt man sich, ob die Musik „den Zeigeist trifft“, „Sehnsucht verkörpert“ oder „intensiv ist“. Das ist schwammig. Zu Recht! JedeR kann selbst entscheiden, was er oder sie mag. Pop ist der große demokratische Gleichmacher. Aber was berechtigt irgendwelche Magazine, zu bestimmen, was im Jahr 2011 gehört wurde? Und dann sogar in einer Nummernhierarchie. MusikkennerInnen weinen beim Hören der CDs hundert Tränen für den ersten Platz und noch eine für Platz 50?

Kunst ist doch kein Toaster

Es gibt einfach kein(e) beste CD, besten Film oder bestes Buch für alle. Diese kanonisierende Vorstellung von Kultur ist engstirnig, langweilig und intolerant. Neue Wege werden so nie beschritten, einsame Orchideengewächse nie beachtet. Von oben herab würde das beste Produkt bestimmt werden, hielten sich alle daran.

Möchte der Autor dieser Zeilen die Instanz des „Best of the Year“ nun komplett abschaffen? Nein. Es spricht nichts dagegen, Revue passieren zu lassen. Beim Lesen findet man Empfehlungen, die man selber vorher gar nicht kannte. Man kann beim Pilsbier in der Goldkante leidenschaftlich über „das Beste“ streiten. Das ist großartig. Problematisch ist der Anspruch, mit dem solche Setzungen daherkommen. Wie wäre es, wenn einzelne RedakteurInnen ihre persönlichen Empfehlungen abgeben? Der Metalhead entscheidet anders als die SoulanhängerIn. Vielleicht kann man bestimmte Aspekte auszeichnen? In der Visions gab es mal die Kategorie „Alte Helden“, in der lohnenswerte Platten von etablierten Bands vorgestellt wurden. Vor allem aber: Bitte, bitte, bitte, lasst diese Nummern weg.

Donnerstag, 19. Januar

Eröffnungsbrunch

Anlässlich der Eröffnung des neuen Frauenraumes laden das autonome FrauenLesbenreferat, die Bochumer Hochschulgruppe von Terre de Femmes und die Frauenbibliothek Lieselle zum Brunch. Es gibt Kuchen, Sekt und was sonst noch so mitgebracht wird.
11.00 Uhr
GA Süd 02/60 und GA Süd 04/61
Eintritt frei

Baikonor

Der Studienkreis Film zeigt die russisch/deutsche Komödie mit Märchenanleihen von Veit Helmer. Der Waisenjunge Iskander, der wegen seiner Begeisterung für die Raumfahrt von allen „Gagarin“ genannt wird, lebt in einem kleinen kasachischen Dorf nahe dem Weltraumbahnhof Baikonor. Eines Tages trifft Iskander die französische Weltraumtouristin Julie, die nach einer missglückten Landung ihr Gedächtnis verloren hat.
19.30 Uhr (auch am 24.1.)
HZO 20, RUB
2,50 Euro

Campus Club

Dieses Mal gibt es wieder ordentlich was auf die Ohren. Team Stereo (Alternative) aus Düsseldorf und dazu noch Lyon Estates (Business Punk) aus Köln rocken den Club – präsentiert vom Kulturbüro Boskop.
20.30 Uhr
Kulturcafé, RUB
3 Euro

Freitag, 20. Januar

JOE-Festival

Das 16. Festival der Jazz Offensive Essen bringt erstklassige MusikerInnen in die Region. Bis einschließlich Sonntag bereiten jeden Abend drei Acts die Bühne, unter anderem mit dem Maxime Bender Quartett, dem Zodiac Trio und DJ Illvibe.
20.00 Uhr
Katakomben-Theater,
Girardetstraße 2-38, Essen
Tagesticket 18 Euro, Festivalticket 37 Euro

Samstag, 21. Januar

Fachtagung Geschlecht und Arbeitsmarkt

Der DGB NRW lädt gemeinsam mit dem Fach Gender Studies zu einer Konferenz, die eine Brücke zwischen Forschung und Praxis schlagen möchte (siehe Artikel links).
10.00 Uhr
GC 04/611, RUB
Eintritt frei

Die Wolfshaut

Das Theaterstück nach dem Roman von Hans Lebert feiert Uraufführung unter der Regie von Achim Lenz. „Schweigen“ heißt das Dorf, in das sieben Jahre nach dem Krieg der Matrose Johann Unfreund zurück kommt. Merkwürdige Todesfälle ereignen sich im Dorf, die Johann Unfreund zur Unperson werden lassen.
19.30 Uhr
Ringlokschuppen, Am Schloß Broich 38, Mülheim an der Ruhr
10 Euro, ermäßigt 5 Euro

Mittwoch, 25. Januar

Sebastian Sturm & Exile Airline

Mit seinem Debütalbum „This Change Is Nice“ überraschte Sebastian Sturm 2006 LiebhaberInnen des klassischen Roots Rock Reggae. Die von dem gebürtigen Aachener mit deutsch-indonesischen Wurzeln interpretierte Version des Off-Beats der 70er katapultierte ihn in Windeseile auf die europäische Bühne.
20.00 Uhr
Bahnhof Langendreer,
Wallbaumweg 108, Bochum
14 Euro VVK, 17 Euro AK

Mein Kommunismus, dein Kommunismus

Stadtpiraten

(Mnd) „Dass man Kapitalismus zähmen könnte, ist ein ziemlich bekiffter Traum!“ Das kommt gut an beim Publikum. Jutta Ditfurth, Autorin und längst ausgetretene Grünen-Mitbegründerin, geizt nicht mit Polemik. Sie schießt gegen die Piratenpartei („konforme Systemtechnokraten“), die Occupy-Bewegung („Mittelschichtsscheiße“, der sich „Sozialisten nicht anschließen sollten“) und die Ökologische Plattform in der Linkspartei („Die huldigen irgendwelchen indischen Göttern, das ist doch kein Sozialismus!“). Hier Applaus, dort Gemurre. Wir befinden uns auf der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz“ in Berlin, die sich seit 1996 auf die meist roten Fahnen geschrieben hat, den Kapitalismus überwinden zu wollen. Veranstalterin ist die orthodox-kommunistische Tageszeitung Junge Welt (JW) aus Berlin. Am darauffolgenden Sonntag findet die traditionelle „LL-Demonstration“ zum Grab der ermordeten KPD-GründerInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt. Die bsz ermittelt vor Ort.



Wollen einen anderen Kommunismus: KritikerInnen von links

Foto: Mnd

Zur Feier des Tages hat kein geringerer als Fidel Castro höchstselbst den Leitartikel in der Jungen Welt verfasst. Dieser hatte „die Freude, (...) in aller Ruhe mit Mahmud Ahmadinedschad“ über die jüngsten „Drohungen der Yankees“ zu spotten. Auf dem Programm der Konferenz steht allerlei Umstürzlerisches: In den Vorträgen und Diskussionen kommen kommunistische AktivistInnen aus Portugal, Kuba, Tunesien und aus den USA zu Wort. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion am Abend („Sozialismus oder Barbarei? - Welche Rolle spielt die Linke?“) sprechen neben Jutta Ditfurth der marxistische FAZ-Redakteur und Autor Dietmar Dath, der Kapitalismus-Erklärer und Konkret-Autor Georg Fülberth sowie der stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei Heinz Bierbaum. Es wird eine Diskussion ohne viel Reibung, dafür aber, trotz des phrasenhaft klingenden Themas, ein unterhaltsamer Gedankenaustausch. Viele Marx-Zitate fallen. Das Publikum, an

die tausend Menschen, scheint in ideologischen Blöcken zu sitzen. Applaus kommt oft nur aus einer Ecke des großen Konferenzsaales, je nach politischer Färbung. Andere schütteln derweil den Kopf. Einig sind sich alle aber in einem Punkt: Zentral sei die Eigentumsfrage. Diese würde viel zu selten gestellt. Georg Fülberth, selbst DKPler, öffnet die seiner Ansicht nach herrschende Einstellung vieler Linksparteiler dazu nach: „Um Gottes Willen, nicht über Eigentum reden, machen wir mal lieber Cultural Studies!“ Gelächter. Nach der Diskussion: Absingen der „Internationalen“, mit erhobener Faust, versteht sich.

SpinnerInnen und Sympathen

Überhaupt das Publikum: Anwesend sind so ziemlich alle traditionskommunistischen Splittergruppen der BRD, und viele aus dem Ausland. Im Foyer tummeln sich K-Gruppen wie die „Kommunistische Initiative“, die „Spartakisten“ und diverse Aufbauorganisationen irgendwelcher KPs. Nordkorea-SympathisantInnen bauen ihr Ständchen neben ETA-Solidaritätsgruppen auf, es gibt kurdische Initiativen, MaoistInnen und StalinistInnen. Auch die Freie Deutsche

Jugend (FDJ) hat ihren eigenen Stand, DKP und MLPD sowieso. Dabei treffen Kulturen aufeinander: DDR-RentnerInnen hier, Leute mit Punk-Frisuren, Batik-Shirts und Dreadlocks dort. In dem Durcheinander der linken Grüppchen hält der DKP-nahe Jugendverband SDAJ sein Verbandstreffen ab. Die Atmosphäre ist locker, einige haben bereits ihr Bier in der Hand.

Nelken für Rosa und Karl

Der nächste Tag beginnt früh. Schon um 9 Uhr versammeln sich an die 5.000 Menschen in Berlin-Lichtenberg, um gemeinsam zum „Sozialistenfriedhof“ zu pilgern. Palästina-Fahnen wehen, von vielen Transparenten schauen Stalin und Mao streng auf den Demonstrationszug herab. Auch die FDJ ist wieder da, natürlich in der traditionellen blauen FDJ-Uniform mit dem gelben Sonnenlogo, so wie damals. Auf ihren Transparenten fordern sie den „Staatsbankrott“ der BRD. Überall stehen versprengte Einzelpersonen, die Zeitungen wie den „Bolschewik“ oder die „Kommunistische Arbeiter Zeitung“ verkaufen. Die „Spartakisten“ fordern auf ihren Plakaten: „Verteidigt die deformierten Arbeiterstaaten China,

Nordkorea, Kuba, Vietnam und Laos!“ Am Straßenrand stehen kleine vietnamesische Mädchen und verkaufen Nelken zum Niederlegen am Grab, das Stück zu einem Euro.

Kritik unerwünscht

Doch nicht alle sind mit der Veranstaltung einverstanden. Eine kleine Gruppe, die sich selbst als „emanzipatorische Kommunist_innen“ bezeichnen, hält am Rand der Demonstration ein Transparent hoch. Darauf zu sehen sind Lenin, Stalin und Mao. Unter ihnen steht: „Nein, nein, das ist nicht der Kommunismus!“ Das allerdings ist für die KommunistInnen von der türkischen MLKP eine echte Provokation. Nachdem sie die kleine Gruppe verbal beleidigt, lassen sich die zuvor so disziplinierten ParteisoldatInnen zu Gewalt hinreißen. Zuerst rennen junge Männer aus den Reihen der MLKP auf die Gruppe zu. Mit ihren Fahnenstangen schlagen sie auf die KritikerInnen ein. Einige klauen das dissidente Transparent und zerreißen es. Als PassantInnen und Ordner eingreifen wollen, brechen selbst ältere Männer und junge Mädchen aus dem Block aus und prügeln mit Fäusten und Fahnenstangen auf die Umstehenden ein. Auch JournalistInnen sollen angegriffen worden sein. Unmittelbare Folgen für die AngreiferInnen hat das keine. Nach eigenen Angaben wollten die Angegriffenen mit ihrer Aktion gegen die „Verharmlosung autoritärer Regime wie die DDR und das maoistische China“ protestieren. Die LL-Demonstration repräsentiere „dogmatische Gesellschaftsanalysen autoritärer K(lein)-Gruppen mit blutrünstigen Revolutionsphantasien.“ Von den VeranstalterInnen fordern sie für künftige LL-Demos „einen antistalinistischen und antimaoistischen Grundkonsens“ ein. „Derartige Ideologien“ könnten nicht Teil einer radikalen Linken sein, „die sich bedingungslos gegen Herrschaft, Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung richtet.“ Das Gedenken an Rosa Luxemburg hingegen wollen sich auch die „emanzipatorischen Kommunist_innen“ nicht nehmen lassen. Für künftige LL-Demos appellierten sie an die TeilnehmerInnen: „Verdeutlicht den Träger_innen dieser Symbole, dass sie mit Widerspruch zu rechnen haben, verwickelt sie in Diskussionen und ruft antistalinistische Parolen.“ Dass dies allerdings zu einem Umdenken bei den „unverbesserlichen Stechschritt-Sozialist_innen“ führen wird, ist nach diesem Wochenende mehr als fragwürdig.

- Anzeige -

AKAFO

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum
vom 23.01. bis 27.01.2012

Das AKAFO im Web z.o.:
Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> Möhreneintopf mit einer Geflügelkardelle (G) Möhreneintopf mit Sesam-Karottensticks (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Partysuppe mit Schweinegyros dazu Fladenbrot (S) Spätzleauflauf mit Linsen und Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Zartweizenpfanne „Oriental“ mit Hühnerfleisch und Salat (G) Kaiserschmarren mit Zimt und Zucker dazu Apfelmus (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Rindfleischpfanne mit Nudeln und Salat (R) Milchreis mit roter Grütze oder Zimt und Zucker (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Nasi Goreng mit Salat (G) Maultasche mit Gemüsefüllung mit Gemüsesauce und Salat (V)
Komponentessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> Hähnchen Spieß mit Brunnenkressensauce (G) Tofu mit Mozzarella und Brunnenkressensauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Paniertes Geflügelschnitzel mit Paprikarahmsauce (G) Vegetarische Frühlingssuppe mit Sweet Chili Dip (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Rindergulasch mit Gemüse (R) Vegetarische Bällchen mit Tomaten-Basilikumsauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Putensteak „natur“ mit Fruchtcocktailsauce (G) Karotten-Röstling mit Remouladensauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Seelachsfilet Müllerin mit Sauce Bernaise (F) Gemüsesäbchen mit Sauce „Bearnaise“ (V)
Aktionen 3,30-6,50	<ul style="list-style-type: none"> Spareribs „Barbecue“ mit Texas Bohnen und Steakhouse Fries (S) 	<ul style="list-style-type: none"> Wildlachsfilet auf Chili-Gemüse dazu Vollkorn Reis (F) 	<ul style="list-style-type: none"> Grünkohl mit Mettwurst (S) 	<ul style="list-style-type: none"> Pangasiusfilet mit Petersilienpanade an Orangenricotta mit Erbsenpüree und Salat (F) 	<ul style="list-style-type: none"> Schweinerückensteak mit Kräuterbutter dazu Rucola-Schupfnudeln und Salat (S)
Beilagen 0,60-0,70 €	<ul style="list-style-type: none"> Vollkorn-Spiralen Curry Reis Blumenkohl Prinzess Bohnen 	<ul style="list-style-type: none"> Vollkorn Reis Kartoffelpüree Leipziger Allerlei WOK-Gemüse 	<ul style="list-style-type: none"> Spätzle BBQ Crinkel Wedges Möhrenscheiben Broccoli 	<ul style="list-style-type: none"> Mandelreis Rigatoni Romanesco Röschen Bunte Gemüsevielfalt 	<ul style="list-style-type: none"> Bio Salzkartoffeln Farfalle Nudeln Rahmspinat Erbsen und Möhren
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> Gefüllte Paprika Tomatensauce Zucchini-gemüse Petersilienreis (R,S) Käse-Lauch Suppe mit Baguette (R,S) 	<ul style="list-style-type: none"> Paniertes Schweineschnitzel mit Pfefferrahmsauce, Mischgemüse und Kartoffeln (S) Spaghetti mit Lachs-Sahnesauce und einem Salat (F) 	<ul style="list-style-type: none"> Prager Saftschinken mit Rahmweisskohl und Nusskartoffeln (S) Putenbällchen in Paprika-Sahne Sauce mit Sesam Reis und einem Salat (G) 	<ul style="list-style-type: none"> Seelachs mit Möhren gratiniert dazu Erbsengemüse Tomatenreis (F) Rumpsteak mit Schmorzwiebeln, Crinkel Wedges und Blattsalatalat (R) 	<ul style="list-style-type: none"> Entenkeule mit Rotkohl und Kartoffeln (G) Lasagne Ricotta Blattspinat mit Salat (V)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK **WWW.AKAFOE.DE**

(Chs) Es dämmt. Hier und dort. Halbbewusst schneide ich mit, dass im abendlichen Radioprogramm Auszüge eines Kammermusikfestivals zu hören sind. Für das hat sich jemand einen mehrdeutigen Titel ausgedacht. „Spannungen“ heißt es. So, so. Was zum Innehalten und Nachdenken. Hätte aber sicher auch „Schwingungen“ oder „Flügelasten“ heißen können. Im Fall des Museum Bochum wäre wohl „Streichungen“ die treffendere Variante, aber „Spannungen“ passt auch. Denn derzeit wird die Diskussion um die Sparmaßnahmen von Tag zu Tag reichhaltiger orchestriert. Erstmals auch im Internet. Die BürgerInnen überbieten sich mit Vorschlägen. Vor allem „Kein Bau des Konzerthauses“ ist immer wieder in der Vorschlagsliste zu lesen. Ein „notorischer Radfahrer“ fordert dagegen, den Dienstwagen der Oberbürgermeisterin abzuschaffen. Andere schlagen vor, die Verwaltung von Weihnachten bis Neujahr zu schließen. Aber auch die Stadt hat zuvor schon eigene Ideen erarbeitet. Der Vorschlag mit der Nummer 25 lautet: Schließung des Kunstmuseums Bochum. Das bringt Bochum auf die Barrikaden. Kulturdezernent Michael Townsend sprach schließlich öffentlich aus, was viele dachten. 20 Prozent Kürzung beim Kulturbudget. Das tut weh und wäre sozusagen eine Art „Sonderopfer Kultur“. Dabei gehören die Kürzungen im Kulturbereich noch zu den kleineren Sparposten im Streichkonzert.

Schon jetzt ist klar: Am 4. Februar werden im Ruhr-Congress so richtig die Fetzen fliegen. Denn dann diskutiert das Bochumer Bürgerforum mit der Stadtverwaltung die Frage, wie Bochum aus den roten Zahlen rauskommen soll. Live und in Farbe. Im Web geht es schon jetzt zu, wie auf einem Piratenschiff mit Ballastproblemen, bei dem der Kapitän die Crew fragt, wer als erstes über die Klinge springen soll, damit das Schiff nicht untergeht. Doch in welche Richtung nimmt der Kutter Kurs? Auf www.bochumer-buergerforum.de grinst einem als erstes das neckisch geneigte Konterfei der Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz entgegen. Dort spricht sie über die angespannte finanzielle Situation der Stadt und weist darauf hin, dass sie mit der digitalen Bürgerbeteiligung Neuland betrete. Aber Arnberg sitzt ihr nun mal im Nacken und die Bezirksregierung will, dass sich die städtische Verwaltung überlegt, wie sie bis zum Jahr 2022 eine Summe in Höhe von 51,5 Millionen Euro einsparen möchte. Also: Warum das schwere Los des schwarzen Peters alleine tragen, wenn er sich doch auch genauso gut teilen lässt? Moment mal. Hat die Stadt bislang nicht auch in allen Fragen allein entschieden – ganz ohne digitale Bürgerbeteiligung? Hat das nicht zur jetzigen Situation und zu nicht genehmigten Haushalten geführt? Jetzt aber sollen plötzlich die BürgerInnen selbst die Rotstift-Streich-Vorschläge machen. Sie sollen entscheiden, wer über die Klinge springt. So verlagert sich die Verantwortungsfrage aus dem Rathaus heraus in die Privatwohnungen hinein. Doch auch der Crew dämmt langsam, dass ihr Captain einen guten Grund dafür haben muss, dass die Verantwortung ausgerechnet bei Negativ-Entscheidungen geteilt werden soll. Denn auch sie wissen: Ein Captain, der sich für clever hält, entscheidet gerne selbst, solange Schätze und Beute aufzuteilen sind, unangenehme Angelegenheiten überlässt er jedoch getrost dem Rest der Meute. So also funktioniert Schwarzer Peter bei den Stadtpiraten. Das sieht aus wie Demokratie, ist es aber nicht.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Laura Schlegel, Jannis Lülff u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Dennis Evers (de), Karsten Finke (fik), Martin Niewendick (Mnd), Carsten Marc Pfeffer (CMP), Rolf van Raden (rvr), Michael Reiners (mr), Chantal Stauder (Chs)
V.i.S.d.P.: Karsten Finke (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de